

DBB NRW sieht beim Gesetzentwurf zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes viel Luft nach oben

Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss im NRW-Landtag



Eckhard Schwill (Leiter Geschäftsbereich Recht komba gewerkschaft nrw), Erich Rettinghaus (Vorsitzender DPoIG NRW), Roland Staude (Vorsitzender DBB NRW), Andrea Sauer-Schnieber (stellvertretende Vorsitzende DBB NRW) und Manfred Lehmann (Vorsitzender DSTG NRW) (von links)

Im Landtag ging es am 10. Februar um viel: Ein großer Themenkomplex behandelte die Gesetze zur Besoldung und Versorgung. Der DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion begrüßte hier die 1:1-Übertragung des Tarifergebnisses und die Abschaffung der Kostendämpfungspauschale. Beim anderen Thema, dem Gesetzentwurf zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes, äußerte der DBB NRW hingegen Enttäuschung.

Großer Verhandlungserfolg des DBB NRW

Hinsichtlich der Beamtenbesoldung zeigte sich **Roland Staude**, Vorsitzender des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, zufrieden. So begrüßte er, dass die Landesregierung als Ergebnis der Besoldungsgespräche einer 1:1-Übertragung des Tarifergebnisses zugestimmt habe. Ganz besonders zufrieden zeigte sich Staude mit der Abschaffung der Kostendämpfungspauschale. Damit erfülle

sich eine langjährige Kernforderung des DBB NRW. Nach zahlreichen Gesprächen freute sich Staude, dass die Landesregierung hier Wort gehalten habe.

„Wir begrüßen zudem ausdrücklich, dass sich NRW als erstes Bundesland überhaupt zu dem Thema der amtsangemessenen Alimentation positioniert hat. Diese Maßnahmen zur Verbesserung der Besoldung und Versorgung bewerten wir auf den ersten Blick ebenfalls positiv. Es kann aber nur

ein erster Schritt sein, da der Prozess erst jetzt beginnt. Das Gesetz kann nicht als in Stein gemeißelt angesehen werden.“

Gerechtigkeitslücke bei den Pensionärinnen und Pensionären

Kritik äußerte der DBB NRW erneut daran, dass die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger bei der Corona-sonderzahlung nicht berücksichtigt wurden. Hier forderte Staude eindringlich eine Son-

derzahlung, um die hohe Inflationsrate sowie steigende Energie- und Krankenversicherungskosten zu kompensieren.

Weg zu echter Attraktivitätssteigerung versperrt

Mit deutlichen Worten distanzierte sich Roland Staude vom Gesetzentwurf zur Steigerung der Attraktivität: „Ich möchte ausdrücklich betonen, dass die Maßnahmen dieses Gesetzespakets NICHT mit dem DBB

2 Wollen an die 41-Stunden-Woche ran

Interview mit NRW-SPD-Fraktionsvorsitzendem Thomas Kutschaty



6 komba setzt Signale für die Zukunft

Gewerkschaftstag der komba gewerkschaft nrw



7 75 Jahre Nordrhein-Westfalen

Besuch der Ausstellung in Düsseldorf lohnt sich



NRW einvernehmlich abgestimmt sind.“ Von den zahlreichen Vorschlägen des nordrhein-westfälischen Beamtenbundes, so Staupe, sei kaum etwas berücksichtigt worden. Staupe: „Die Gespräche waren in keiner Weise zielführend. Unter der Vorgabe der Kostenneutralität war der Weg zu einer echten Attraktivitätssteigerung schon von Beginn an versperrt.“ Insgesamt gebe es bei diesem Zukunftsthema noch viel Luft nach oben. Die Landesregierung habe im Vorfeld lediglich drei Themen überhaupt zum Austausch zugelassen – in keinem finde sich der DBB NRW wieder:

1. Langzeitarbeitskonten

Dem Ansatz der Landesregierung erteilte Staupe eine klare Absage: „Wir haben Probleme damit, ein Modell mitzutragen, das eine freiwillige Erhöhung der Wochenarbeitszeit um drei Stunden und eine Reduzierung des Jahresurlaubs zur Befüllung des Kontos vorsieht.“ Das sei ganz offensichtlich kein Beitrag zur Attraktivitätssteigerung für die Bediensteten, sondern vielmehr ein Steuerungsinstrument für die Verwaltung. Der DBB NRW favorisiere weiterhin das „Hessische Modell“, das einen echten Mehrwert für beide Seiten biete.

2. Alternierendes mobiles Arbeiten

Auch hier beklagte Staupe den einseitigen Blick aus Sicht der Dienstherren: Im Gesetzentwurf obliege es dem „pflichtgemäßen Ermessen“, ob ein Mitarbeiter zu Hause arbeiten dürfe. Ein Anspruch der Beschäftigten bestehe nicht. Hier hätte sich der DBB NRW mehr Wertschätzung gewünscht. Insgesamt fehle ein ganzheitliches Konzept. Im Ansatz der „Co-Working-Spaces“ seitens der regierungstragenden Fraktionen sehe Staupe durchaus Zukunftspotenzial. Er vermisse allerdings klare Regeln hin-

sichtlich Arbeitsschutz, Datenschutz, Gesundheitsschutz und technischer Ausstattung.

3. Verfallschutz von Überstunden/Mehrarbeit

Dieses sehr wichtige Thema finde sich im Gesetzentwurf überhaupt nicht mehr wieder. Das sei umso bedauerlicher, da der DBB NRW hier einen tragfähigen Ansatz im Zusammenspiel mit Langzeitarbeitskonten vorgeschlagen habe.

An dieser Anhörung nahm auch die stellvertretende Vorsitzende des DBB NRW, **Andrea Sauer-Schnieber**, teil. *UG*

Interview

Die „Geiz ist geil“-Mentalität muss für den öffentlichen Dienst endlich vorbei sein

Im Interview: Fraktionsvorsitzender der NRW-SPD-Fraktion **Thomas Kutschaty**

Der DBB NRW traf den Partei- und Fraktionsvorsitzenden der SPD Landtagsfraktion NRW und Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten bei der kommenden Landtagswahl zu einem ausführlichen Interview. Von besonderem Interesse war die Frage, was die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Falle seines Wahlsieges erwarten können.

DBB NRW Magazin: Zunächst eine Frage zum Umgang der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen mit der Coronapandemie: Was würden Sie anders machen, wenn Sie die Regierungsverantwortung hätten?

Thomas Kutschaty: Das Wichtigste ist Verlässlichkeit. Ich habe den Eindruck, dass es dem Coronamanagement der Landesregierung daran leider zu oft gefehlt hat. Sei es das Hin und Her um die Impfzentren, die chaotische Kommunikation mit den Schulen oder zuletzt die irritierenden Äußerungen zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht – wer Men-

schen durch eine Krise führen will, braucht klare Linien und Überzeugungen. Dazu gehört auch, nicht immer nach Berlin zu rufen, wenn man selbst alle Instrumente in der Hand hat. Ich hätte längst den Krisenstab der Landesregierung aktiviert, um jederzeit steuernd und koordinierend in das Coronamanagement eingreifen zu können.

DBB NRW Magazin: Die Kommunen haben solche Krisenstäbe eingerichtet.

Thomas Kutschaty: Ja, aber der Ministerpräsident hat den Krisenstab des Landes eben nicht



aktiviert. Ich frage mich, warum? Auch zur Flutkatastrophe hat die Landesregierung dafür ja keinen Anlass gesehen, obwohl er genau für solche Situationen vorgesehen ist.

DBB NRW Magazin: Mit welchen Aussagen gehen Sie in den diesjährigen Landtagswahlkampf in Bezug auf den öffentlichen Dienst und dessen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern?

Thomas Kutschaty: Wir brauchen einen starken öffentlichen Dienst. Das hat die Coronapandemie mehr als deutlich gezeigt. Ob bei den Gesundheitsämtern, in den Schulen oder bei Polizei und Verwaltung – hier wird hervorragende Arbeit geleistet, ohne die

wir nicht so gut durch die Pandemie gekommen wären. Aber wir brauchen in vielen Bereichen deutlich mehr Personal. Nicht nur mit Blick auf Corona. Ein Beispiel: Wir wollen als SPD mehr Wohnungen bauen. Wenn aber die Bebauungspläne nicht gemacht werden können, weil die Abteilungen nicht entsprechend ausgestattet sind, zu wenig Kolleginnen und Kollegen vorhanden sind, dann ist das dringend durch zusätzliches und vor allem qualifiziertes Personal zu beheben.

Wir sprechen ja jetzt auch viel von Bauplanungs- und Genehmigungsbeschleunigungen. Wenn wir im Klimawandel den Ausbau der erneuerbaren Energien voranbringen wollen, Brücken sanieren müssen, dann gelingt uns das nur mit einem handlungsfähigen öffentlichen Dienst. Die „Geiz“-Mentalität, die für den öffentlichen Dienst Anfang der 2000er noch galt, muss endlich vorbei sein.

DBB NRW Magazin: Was würden Sie anders machen als die bisherige Landesregierung, um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen wirklich zu steigern?

Thomas Kutschaty: Wir müssen alles dafür tun, um qualifizierten Nachwuchs für den öffentlichen Dienst zu gewinnen und zu halten. Die Schwierigkeiten machen sich in einigen Berufen mit Blick auf die Konkurrenz in der freien Wirtschaft ja deutlich bemerkbar. Beispielsweise im IT-Bereich. Da muss einfach klarer werden, welche Vorteile es hat, im öffentlichen Dienst zu arbeiten. Mit optimalen Arbeitsbedingungen, zu denen auch eine gute Bezahlung gehört. Attraktivierung ohne Geld ist bei 900 Millionen Euro Personalminderausgaben doch ein Hohn. Wir müssen schauen, ob Zulagen und Zuschläge noch angemessen sind und wo es ganz konkret zu Verbesserungen kommen muss. Und wir

wollen auch an die 41-Stunden-Woche ran. Hier gibt es durchaus Möglichkeiten, Ausgleiche zu schaffen. Die Landesregierung hat auf diesem Gebiet allerdings nichts getan.

DBB NRW Magazin: Im „Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen“ geht es um Langzeitarbeitskonten, um eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit und den Verzicht auf eine Woche des Jahresurlaubs sowie um das Thema alternierendes mobiles Arbeiten. Wie stehen Sie dazu? Wie können Sie sich eine Umsetzung für den öffentlichen Dienst vorstellen?

Thomas Kutschaty: Wir haben während der Coronapandemie positive Erfahrungen mit dem mobilen Arbeiten und dem Homeoffice gemacht. Das hat eindeutige Vorteile für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und gehört für mich zu einer Attraktivitätsoffensive unbedingt dazu. Wobei das natürlich kein Ersatz für eine geschlossene Kita sein kann und auch Risiken birgt. Zum Beispiel, dass Mitarbeiter nicht gesehen werden, „verschwinden“. Das kann dann auch negative Auswirkungen auf die Beurteilung durch die Vorgesetzten haben, das gilt es natürlich durch klare Regelungen zu verhindern. Genauso dürfen

Langzeitarbeitskonten nicht dazu führen, durch die Hintertür Arbeitszeit auszuweiten.

Auch im Bereich Datenschutz gibt es noch Regelungsbedarf. Hier müssen gesetzgeberisch die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden. Ich werde alle Gewerkschaften im öffentlichen Dienst zu einem Dialog über die Attraktivierung des öffentlichen Dienstes einladen. Nur gemeinsam werden wir die besten Lösungen dafür finden, welche Arbeits- und Arbeitszeitmodelle wir in Zukunft unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern anbieten wollen.

DBB NRW Magazin: Sie versprechen eine gerechtere Bildung. Was verstehen Sie darunter?

Thomas Kutschaty: Ich möchte, dass aus den Hoffnungen der Kinder auch Wirklichkeit werden kann. Wir brauchen mehr Bildungsgerechtigkeit und gleiche Chancen für alle. Oft ergibt es sich schon aus der Postleitzahl des Wohnorts, welche Bildungschancen ein Kind wirklich hat. Da sind die Chancen eben nicht gleich verteilt. Das ist weder fair noch können wir uns erlauben, dass immer noch zu viele Kinder die Schule ohne einen Abschluss verlassen. Schließlich stehen wir vor einem enormen Fachkräftemangel.



Roland Staude führte das Interview mit Thomas Kutschaty.



Thomas Kutschaty

Darum sage ich: Wir müssen deutlich mehr in Bildung investieren. Es kann nicht sein, dass Nordrhein-Westfalen das Land unter den Bundesländern ist, das am wenigsten pro Grundschüler ausgibt. Ich möchte das auf den Kopf stellen und Bildungsland Nr. 1 werden. Ich setze mich für Gebührenfreiheit von Kitas ein. Ich will Familienzentren auch für Grundschulen und Bildungslotsen im ganzen Land, die die Kinder begleiten und unterstützen können.

DBB NRW Magazin: Stehen Sie zu der von Ihrer Partei beschlossenen Übernahmegarantie des Tarifergebnisses auf den Besoldungsbereich?

Thomas Kutschaty: Ich stehe dazu. Wir haben damals einen Fehler gemacht und den machen wir nicht noch einmal.

DBB NRW Magazin: Was machen Sie am 16. Mai 2022?

Thomas Kutschaty: Das ist der Tag nach der Wahl! Da werde ich wahrscheinlich am Vormittag in Berlin sein, da ich stellvertretender Bundesvorsitzender meiner Partei bin und der Bundesvorstand tagt. Dann lasse ich mir einen großen Blumenstrauß von **Saskia Esken** und **Lars Klingbeil** geben. Und ab Mittag telefoniere ich wegen der notwendigen Sondierungsgespräche.

DBB NRW Magazin: Vielen Dank für das Gespräch. ■

Bekannt sich die CDU zum Berufsbeamtentum?

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU Landtagsfraktion NRW, Dr. Marcus Optendrenk, im Interview

Im Vorfeld der NRW-Landtagswahlen fragt der DBB NRW, ob im Programm der CDU ein Bekenntnis zum Berufsbeamtentum stehen wird. Auf den Wortlaut will sich Optendrenk nicht festlegen, aber die Taten der Regierung sprächen für sich. Als Beispiele nennt er die 1:1-Übernahme des Tarifergebnisses sowie die Abschaffung der Kostendämpfungspauschale.

DBB NRW Magazin: Eine wichtige Forderung des DBB NRW war die 1:1-Übertragung des Tarifergebnisses aus 2021 auf die Beamtenbesoldung. Und wir begrüßen deshalb sehr, dass die NRW-Landesregierung diese so zeitnah umgesetzt hat. Wie bewerten Sie die Situation?

Dr. Marcus Optendrenk: Für die schwarz-gelbe Koalition war es schon beim Regierungsantritt ganz klar, dass wir die 1:1-Übertragung umsetzen würden. Das haben wir immer angekündigt. Und wir haben auch stets unsere rot-grünen Vorgänger dafür kritisiert, dass sie dies nicht getan haben.

Es war übrigens nicht das erste Mal, dass wir den Tarifabschluss 1:1 umgesetzt haben. 2019 haben wir das auch getan.

Denn maßgeblich für uns ist, dass Beamtinnen und Beamte ebenso wie Pensionärinnen und Pensionäre fair behandelt werden. Und dafür muss aus unserer Sicht die Entwicklung ihrer Bezüge im Gleichklang mit der Gehaltsentwicklung der Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes erfolgen. Wir wollen keine Abkopplung der Beamtinnen und Beamten von der allgemeinen Gehaltsentwicklung.

DBB NRW Magazin: Für die Pensionärinnen und Pensionä-

re ist das Ergebnis aber nicht ganz so positiv. Denn sie erhalten keine Coronasonderzahlung. Unter dem Strich haben sie für einen Zeitraum von 23 Monaten nun lediglich eine lineare Erhöhung von 1,4 Prozent erhalten – und das angesichts hoher Inflationsraten sowie steigender Energie- und Krankenversicherungskosten. Dabei hat das Land NRW ursprünglich mit wesentlich mehr Ausgaben für Tarif- und Besoldungserhöhungen gerechnet. Wäre da nicht noch eine Kompensation zugunsten der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger möglich gewesen?

Dr. Marcus Optendrenk: Natürlich haben wir auch die Interessen der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger im Blick. Nur sind wir der Meinung, dass hier nicht eine einmalige Zahlung im Rahmen des Tarifabschlusses das Mittel der Wahl gewesen wäre. Eine strukturelle Maßnahme ist da sehr viel nachhaltiger.

In der Tat haben sich ganz am Schluss der Wahlperiode trotz Corona noch finanzielle Spielräume ergeben. **Und die Landesregierung hat sich dann – nicht zuletzt auch auf Betreiben des DBB NRW – dazu entschieden, die Kostendämpfungspauschale abzuschaffen.**

Die Kostendämpfungspauschale wurde 2003 als einmaliger Beitrag der Beschäftigten



Dr. Marcus Optendrenk und Roland Staudé

des öffentlichen Dienstes zur Haushaltskonsolidierung beschlossen und hätte eigentlich spätestens 2006 wieder abgeschafft werden müssen. Stattdessen wurde sie inzwischen zu einer dauerhaften strukturellen Einkommensminderung.

Ihre Abschaffung kommt allen Beamtinnen und Beamten langfristig zugute. Und die Pensionärinnen und Pensionäre profitieren viel mehr als von einer einmaligen Prämie. Denn sie werden nun ganz erheblich bei den Krankenkassenbeiträgen entlastet – und das Jahr für Jahr.

DBB NRW Magazin: Die Abschaffung der Kostendämpfungspauschale war seit langen Jahren eine Kernforderung des DBB NRW. Wir haben viele Gespräche mit der Politik dazu geführt und sind sehr erfreut, dass die Landesregierung Wort gehalten hat. Doch kommen wir zum nächsten Thema: Der DBB NRW hat sich in den letzten Monaten sehr dafür eingesetzt, dass die beiden Urteile des Bundesverfassungsgerichts vom Mai 2022 zeitnah umgesetzt werden. Die Landesregierung hat nun einen Gesetzentwurf zur Grundbesoldung eingebracht – mit sehr vielen Details zum Beispiel bezüglich Strukturzulagen oder wegfallenden Erfahrungsstufen in Besoldungsgruppen. Ist das mit Blick auf die Umsetzung eine Belastung für den Landeshaushalt? Oder ist es

eher eine Herausforderung, um den öffentlichen Dienst attraktiver zu machen?

Dr. Marcus Optendrenk: Über Jahrzehnte hinweg hat das Land immer mehr Menschen eingestellt. Den erforderlichen Strukturwandel haben dann aber zunächst die rote und dann die rot-grüne Regierung verschlafen oder sogar bewusst nicht in Angriff genommen. Stattdessen wurde sehr viel Geld auf Pump ausgegeben, um den Status quo zu finanzieren.

Die CDU hat schon Anfang der 2000er immer gesagt, wenn man einen attraktiven öffentlichen Dienst haben will, dann muss man die Leute auch so bezahlen, dass man sie halten kann.

Nun haben wir aufgrund des gesellschaftlichen Wandels inzwischen Bereiche im öffentlichen Sektor, von denen wir vor 20 Jahren noch nichts geahnt haben, wie zum Beispiel den Kitabereich. Und das, was man sich als Effizienzsteigerung etwa durch die Digitalisierung ausgerechnet hat, ist auch nicht eingetreten. Das heißt, wir bezahlen heute deutlich mehr Menschen, die inzwischen auch für ihre Lebenshaltung mehr Geld brauchen. Zum Glück sind die Zinsen zurzeit sehr niedrig, sodass der Staat sich auf eine andere Art refinanzieren kann und wir nun die Spielräume haben, um

schrittweise die Besoldung zu verbessern. Dann muss man aber auch sehr genau schauen, wer bekommt was zu welcher Zeit? Denn es kann nicht alles zugleich umgesetzt werden. Und man muss es im Gesamtkontext beurteilen.

Natürlich setzt die Landesregierung Verfassungsgerichtsurteile um. Und das ist ja auch im aktuellen Gesetzespaket zur Attraktivierung des öffentlichen Dienstes so vorgesehen. Aber in der Frage, welche strukturellen Veränderungen man vornehmen muss, kann man nicht abwarten, bis das Verfassungsgericht Entscheidungen trifft. Das muss man politisch lösen. Was in der nächsten Legislatur dann tatsächlich umgesetzt werden kann, ob das dann nur die Eingangsbesoldung betrifft oder die Struktur insgesamt, das hängt ganz von den Spielräumen ab, auf die man sich verständigt. **Denn dass es Umstellungsprozesse nicht zum Nulltarif gibt, ist auch klar.**

DBB NRW Magazin: Der DBB NRW erkennt das Mammutpaket, das Sie eben angesprochen haben, zweifelsohne an. Es handelt sich um drei Artikelgesetze zur Besoldung und dann noch die Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung. Insgesamt sprechen wir über



ein Volumen von circa 900 Millionen Euro. Das ist ein deutliches Bekenntnis zum öffentlichen Dienst. Nun wissen wir, dass die Parteien zurzeit ihre

Programme zur Landtagswahl vorbereiten. Wird im Parteiprogramm der CDU auch ein klares Bekenntnis zum Berufsbeamtentum enthalten sein?

Dr. Marcus Optendrenk: Da ich das Programm nicht selber schreibe, kann ich Ihnen nicht

auch eine Dokumentation dessen ist, was man zukünftig tun will. Und dass diese schwarz-gelbe Koalition in der Lage ist, so klare Schritte zu gehen wie die Abschaffung der Kostendämpfungspauschale, das sagt auch etwas über das Vertrauen und die Qualität dieser Zusammenarbeit aus. Unser Bekenntnis zum Berufsbeamtentum spricht aus unseren Taten.

DBB NRW Magazin: Abschließend sei noch folgende Frage erlaubt: Was macht denn Dr. Marcus Optendrenk am 16. Mai 2022, dem Tag nach der NRW-Landtagswahl?

Dr. Marcus Optendrenk: Ich werde mich hoffentlich gemeinsam mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern darüber freuen, das Direktmandat im Kreis Viersen wieder gewonnen zu haben.

DBB NRW Magazin: Herr Dr. Optendrenk, wir danken Ihnen für das Gespräch. ■

DBB intern

Koalitionsvertrag der neuen Ampelregierung enthält nur wenige seniorenrelevante Themen

Sitzung der DBB NRW Landessenorenvertretung

Auch im neuen Jahr konnte die erste Sitzung der Landessenorenvertretung des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion am 1. Februar 2022 coronabedingt nicht in Präsenz stattfinden, sondern nur digital als Videokonferenz. Ganz klar, dass alle bald wieder auf einen persönlichen Austausch hoffen.

Mathia Arent-Krüger, die Vorsitzende der DBB NRW Seniorenvertretung, begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, vor allem als Gast **Roland Staude**, den Vorsitzenden des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion. Unter dem Tagesordnungspunkt ‚Aktuelle Informationen‘ berichtete Roland Staude über das Besoldungsgespräch, das am 5. Ja-

nuar 2022 stattfand, und den Wegfall der Kostendämpfungspauschale.

Weiterer Schwerpunkt der Beratung war der Koalitionsvertrag der neuen Ampelregierung und die darin vorgesehenen seniorenrelevanten Themen. Leider bleibt festzustellen, dass er nur wenige konkrete Aussagen enthält

unter anderem zu den Themen Rente und Pflege. Die benannten Vorhaben sind vage und einige sind bereits durch die Vorgängerregierung auf den Weg gebracht worden beziehungsweise müssen jetzt noch umgesetzt werden.

Von besonderer Bedeutung sind die neuen gesetzlichen Regelungen zur 24-Stunden-Pflege, die nach einem Gerichtsurteil des Bundesarbeitsgerichts vom Juni 2021 erarbeitet werden müssen. In den derzeit dazu laufenden ersten Beratungen im Arbeitsministerium wird das „Schweizer Modell“ favorisiert.

Für die anstehenden Landtagswahlen wurden Vorschläge zusammengetragen, die den politischen Parteien im Wahlkampf als Erwartungen beziehungsweise Forderungen der Seniorinnen und Senioren im DBB NRW weitergeleitet werden sollen.

Für 2022, im Juni und November, sind zwei Seminare mit der dbb akademie geplant, die über die Fachgewerkschaften ausgeschrieben werden und hoffentlich in Präsenz stattfinden können. Weitere Sitzungstermine wurden verabredet sowie eine Informationsveranstaltung geplant für den Herbst. **MAK**



Andreas Hemsing bei der Eröffnungsrede auf dem komba nrw Gewerkschaftstag

Fortschritt wagen: komba setzt Signale für die Zukunft

Gewerkschaftstag der komba gewerkschaft nrw in Mönchengladbach

Auf dem außerordentlichen Gewerkschaftstag stimmten die Delegierten mit großer Geschlossenheit für den Fortschritts- und Strukturprozess. Der Vorsitzende des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Roland Stauder, nahm mit einem Grußwort an der Tagung teil.



Roland Stauder bei seinem Grußwort an die Delegierten



Der komba nrw Vorstand:

Erste Reihe von links: Valentina van Dornick, Andreas Hemsing (Landesvorsitzender), Christoph Busch
Zweite Reihe von links: Thorsten Schwark, Christian Dröttboom, Sandra van Heemskerck, Lutz Urbach.

„Die komba gewerkschaft nrw hat es immer geschafft, sich auf gewerkschaftspolitische und auch organisatorische Notwendigkeiten rechtzeitig und konsequent einzustellen“, sagte **Roland Stauder** auf dem Gewerkschaftstag. Das Motto ‚Fortschritt braucht Veränderung‘ bedeute auch, dass sich die komba gewerkschaft für die Zukunft aufstellt, die Ge-

werkschaft wird moderner und in die Zeit gestellt. Stauder: „Das zeugt von einer außerordentlichen Weitsicht und Innovationskraft. Nur so kann man sich öffentlich und privat auch als ‚Marke‘ präsentieren.“

Der komba nrw Landesvorsitzende **Andreas Hemsing** betonte, dass Fortschritt nur

über Veränderung gehe. Mit einem umfassenden Maßnahmenkatalog aus individuellen Vorteilen für Neu- und Bestandsmitglieder, einer administrativen Entlastung für die zahlreichen ehrenamtlich engagierten und einer deutlicheren Positionierung zu gewerkschaftspolitisch relevanten Themen startete die komba der Zukunft.

Das von der Basis entwickelte Konzept geht ab dem 1. Januar 2023 in die konkrete Umsetzung. Ab dann, so beschlossen die Delegierten, soll es u.a. eine paritätisch besetzte Doppelspitze geben. Mit dem Strukturprozess reagiert die komba auf den demografischen Wandel und die geänderten Interessen der (potenziellen) Mitglieder. „Bei allem Fortschritt bleibt unser Grundsatz ‚Nähe ist unsere Stärke‘ erhalten. Das ist die Basis unserer gewerkschaftlichen Arbeit. Das zeichnet uns auch weiter aus“, betonte der Landesvorsitzende Hemsing.

Der Gewerkschaftstag ist das höchste Gremium der komba gewerkschaft nrw. Er findet alle fünf Jahre statt. Neben den Neuwahlen der Vorstände und Fachbereiche geht es dabei immer um den künftigen Gewerkschaftskurs. Die Wahlen fanden bereits 2021 im schriftlichen Umlaufverfahren statt. Aufgrund der richtungweisenden Bedeutung des Strukturprozesses stimmten die Delegierten des außerordentlichen Gewerkschaftstages über die neue komba in Präsenz ab.

Wussten Sie schon?

Das Landesreisekostenrecht wurde modernisiert

Zum 1. Januar 2022 hat der Gesetzgeber umfangreiche Modernisierungen und Vereinfachungen am Landesreisekostengesetz vorgenommen.

Kernpunkte der Neuregelung im Landesreisekostengesetz sind die Aufhebung der Unterscheidung zwischen Dienstreisen und Dienstgängen sowie der Wegfall von Sonderregelungen für Bildungsreisen und der Wegfall der umstrittenen sogenannten „30-km-Regelung“.

Zudem wird künftig bei Fahrten mit dem privaten Pkw immer die sogenannte ‚große Wegstreckenentschädigung‘ in Höhe von 30 Cent und für Fahrten mit zweirädrigen Kraftfahrzeugen und Fahrrädern eine einheitliche Wegstreckenentschädigung in Höhe von 20 Cent gewährt.

Daneben wurde ein besonderes Augenmerk auf die Berücksichtigung von Umweltaspekten bei Dienstreisen gelegt. So wurden die Mitnahmepauschale für Personen sowie die Wegstreckenentschädigung für die Nutzung des privaten Fahrrads angehoben. Auch sollen Bahnfahrten künftig immer möglich sein, auch wenn sie im direkten Vergleich teurer sind.

Weitere Informationen rund um das Thema Dienstreise



einschließlich der Neuregelungen im Reisekostenrecht zum 1. Januar 2022 und die sich hieraus ergebenden Änderungen sowie alle Rechtsgrundlagen finden Sie im Dienstreiseportal NRW der Finanzverwaltung: www.dienstreisen.nrw.de

75 Jahre NRW

Ausstellung: UNSER LAND. – 75 Jahre Nordrhein-Westfalen

Ein Besuch lohnt sich – die Ausstellung ist noch bis zum 23. Mai 2022 geöffnet.

Die Stiftung Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen zeigt die Jubiläumsausstellung ‚UNSER LAND. 75 Jahre Nordrhein-Westfalen‘ im Behrensbau in Düsseldorf. Unser Land hat viel erlebt in den vergangenen 75 Jahren! Was hat die Menschen bewegt? Was waren die größten Herausforderungen und Brüche seit der Gründung Nordrhein-Westfalens? Und wie wurden sie bewältigt?

Davon erzählt die Jubiläumsausstellung, die in acht Kapiteln Einblicke in bewegte und bewegende Zeiten gibt: Am Anfang geprägt von Not und Neubeginn, erlebt das Land in der Folgezeit große Veränderungen. Menschen suchen und finden Zuflucht in Nordrhein-Westfalen. Industrie und Wirtschaft durchlaufen massive Umbrüche.

Ein neues Bewusstsein für die Umwelt entsteht. Die Sicherheit des Landes ist bedroht und muss geschützt werden. Fragen nach sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe an Bildung bewegen Generationen. Religionen und Gesellschaft verändern sich und finden zu einem neuen Miteinander. Kultur und Medien entstehen in großer

Vielfalt und erfinden sich immer wieder neu.

„Ein Besuch lohnt sich in jedem Fall“, meint auch **Joachim Klein**, Chefredakteur des DBB NRW Magazins, nach seinem Besuch der Ausstellung. Sich mit der Geschichte seines Landes auseinanderzusetzen, sei für Jung und Alt lohnenswert.

Besonders die an den verschiedenen Multimediastationen zur Verfügung stehenden Berichte von Zeitzeugen würden die damalige Zeit besser veranschaulichen als die ausgestellten Exponate, die aber zweifellos auch sehr spannend seien. Zum Beispiel die Dieselkatze,

ein Transportmittel unter Tage, oder ein Original Zündapp-Mokick.

Information:

Adresse:
Haus der Geschichte
Nordrhein-Westfalen
Behrensbau
Mannesmannufer 2
40213 Düsseldorf
Öffnungszeiten:
Dienstag bis Freitag
9 bis 18 Uhr,
Samstag, Sonntag und
Feiertag
10 bis 18 Uhr

© Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen



Einblick in die Ausstellungsräume der Jubiläumsausstellung „UNSER LAND. 75 Jahre Nordrhein-Westfalen“ im Behrensbau in Düsseldorf.

Herausgeber: DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Ernst-Gnoß-Straße 24, 40219 Düsseldorf, Roland Staude (Vorsitzender). Telefon: 0211.491583-0. Telefax: 0211.491583-10. E-Mail: redaktion@dbb-nrw.de. Internet: www.dbb-nrw.de.

Chefredakteur: Joachim Klein

Redaktion: Mathia Arent-Krüger, Uwe Groß und Markus Klügel
Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.

Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. Für Mitglieder des Deutschen Philologenverbandes ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Verlag: DBB Verlag GmbH. Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: kontakt@dbbverlag.de. Verlagsort und Bestellschrift: Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0. Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, Telefon: 02102.74023-715. Anzeigenverkauf: Andrea Franzen, Telefon: 02102.74023-714. Anzeigendisposition: Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 44, gültig ab 1.1.2022. Ständige Beilage: dbb magazin. ISSN 1438-2989

dbb jugend nrw arbeitet mit an Landesnetzwerk gegen Gewalt

Vorstellung eines neuen Sicherheitsnetzwerks im Düsseldorfer Innenministerium

Für viele Beschäftigte fühlt sich die Arbeit im öffentlichen Dienst schon lange nicht mehr sicher an. Sie werden beschimpft und bedroht, im schlimmsten Fall sogar getötet. NRW-Innenminister Herbert Reul hat darum ein neues Netzwerk an den Start gebracht, an dem die dbb jugend nrw mitgewirkt hat.

Dass Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Ausübung ihres Berufs ihr Leben verlieren wie jüngst die zwei Polizeibeamten in Kusel, ist die finstere Spitze eines Trends, der sich seit Jahren in vielen Bereichen zeigt. Seit Beginn der Pandemie ist es für die Beschäftigten noch härter geworden.

Angriffe auf öffentlich Bedienstete sind laut Innenminister **Herbert Reul** „nicht nur häufiger, sondern auch heftiger“ geworden. Dies ließ er in Zusammenhang mit der Vorstellung eines neuen Sicherheitsnetzwerks im Düsseldorfer Innen-

ministerium verlauten. Auch **Susanne Aumann** und **Nicole Schorn** von der Jugendorganisation des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion waren dabei. Sie unterstützen die Arbeit des neu aufgebauten Präventionsnetzwerks schon seit vielen Wochen durch ihr praktisches Wissen, ihre Kontakte und die langjährige Expertise über die Kampagne „Gefahrenzone öffentlicher Dienst“ der dbb jugend nrw.

Ziel des Präventionsnetzwerks, das man online unter **sicher imdienst.nrw** finden kann: Arbeitsplätze sicherer machen,



Nicole Schorn (3. von rechts) bei der Vorstellung des neuen Präventionsnetzwerks im Innenministerium

Gefahrensituationen aufzeigen und konkrete praxistaugliche Empfehlungen zum Umgang damit geben. Rund 450 Beschäftigte aus 200 Behörden, Institutionen, Verbänden und Organisationen haben sich in den letzten Monaten dem neu gebildeten Netzwerk angeschlossen.

So will Innenminister Reul einen breiten Schutzschild auffahren und zudem zeigen, wie sich Beschäftigte im öffentlichen Dienst „wappnen“ können. Online finden Einsatzkräfte, Innenbedienstete mit Publikumsverkehr oder auch Lehrkräfte Empfehlungen dazu, wie an ihrem Arbeitsplatz durch baulich-technische Maßnahmen, bessere Organisation und Gefahrenbewertung Vorsorge getroffen werden kann.

Die Arbeit innerhalb des Netzwerks ist mit der ersten Präsentation nicht abgeschlossen. In den nächsten Monaten sollen sich noch mehr Menschen anschließen können und gemeinsam noch mehr Ideen für mehr Sicherheit im Dienstalltag erarbeiten.

Aumann und Schorn zeigen sich sehr zufrieden mit den ersten Ergebnissen. „Alle Beteiligten haben eine sehr starke Motivation zur Mitwirkung gezeigt“, sagt Susanne Aumann, Vorsitzende der dbb jugend nrw. Diese sei deshalb so groß, weil die Expertinnen und Experten meist selbst betroffen sind und so viel Praxiswissen beisteuern konnten. Durch die Kampagne des Innenministeriums werde deutlich, dass die Politik verstanden habe, worum es geht, und dass etwas getan werden muss. **MK**